

# Generalstreik für Klimaschutz?

Morgen gibt es Proteste in Tausenden Städten und in rund 150 Staaten - Ein Aufruf mit Risiko

VON TORSTEN HOLTZ

**BERLIN.** Seit Monaten gehen Tausende Jugendliche freitags auf die Straße statt in die Schule, um die Politik zu mehr Klimaschutz anzutreiben. Sie widersetzen sich bewusst der gesetzlichen Schulpflicht, dafür gibt es auch Kritik. Morgen appelliert die Klimabewegung „Fridays for Future“ nun erstmals auch an alle Erwachsenen, sich den geplanten Protesten in ganz Deutschland anzuschließen. Der Bewegung zufolge sind Aktionen in mehr als 500 deutschen Städten vorgesehen. Damit steht ein Aufruf zum Generalstreik im Raum. Doch darf man dem Appell ungestraft folgen? Fragen und Antworten dazu:

## ■ Worum geht es beim Klimastreik?

Die von der jungen Schwedin Greta Thunberg angestoßene Protestbewegung „Fridays for Future“ fordert von der Politik mehr Tempo und Ehrgeiz im Kampf gegen die Erderhitzung. Im Blick haben die Aktivisten aktuell die Beratungen der Bundesregierung über ein Milliardenpaket zum Klimaschutz, aber auch den UN-Klimagipfel kommende Woche in New York. Für die globale Streikwoche, die morgen beginnt, sind schon Proteste in mehr als 2300 Städten in 137 Staaten angekündigt.

In Deutschland stehen gut 400 Aktionen an. Nach Meinung der Aktivisten sollte die Große Koalition schon bis Jahresende alle Subventionen für fossile Energieträger wie Kohle und Öl streichen, ein Viertel der Kohlekraft abschalten und eine Steuer auf Treibhausgasemissionen erheben.

## ■ Wann kann ich meinen Arbeitsplatz unbesorgt verlassen?

Unproblematisch ist es, wenn die Firma dazu ermuntert oder zumindest duldet, dass sich die Belegschaft am globalen Klimastreik beteiligt. So machen etwa die GLS-Bank und Naturstrom mit jeweils Hunderten Mitarbeitern extra morgen dicht. Auch der Düsseldorfer Oberbürgermeister hat seine Amtsleiter gebeten, den städtischen Mitarbeitern das Demonstrieren zu ermöglichen. Fein raus ist auch, wer Gleitzeitregelungen nutzt oder Urlaub beziehungsweise einen freien Tag nimmt.

## ■ Was ist, wenn meine Firma sich nicht äußert oder Nein sagt?

In diesem Fall wäre ein Streik illegal. Denn nach herrschender Rechtslage, die auf Richterrecht aus den 50er Jahren fußt, müssen Arbeitskämpfe Ziele verfolgen, die in einem Tarifvertrag geregelt werden können. Streiks mit politischen Zielen oder



Nicht nur Jugendliche, auch Erwachsene sollen diesmal beiden Protesten mitmachen.

Foto: Roberto Pfeil/dpa

aus Solidarität sind demnach rechtswidrig. Wer trotzdem während der Arbeitszeit auf die Straße geht, riskiert eine Abmahnung oder gar die Kündigung. Andererseits sinkt dieses Risiko, wenn viele mitmachen.

Auch Verdi-Chef Frank Bsirske weist darauf hin, dass für politische Streiks die Rechtsgrundlage fehlt. Aber: „Wenn ganz, ganz, ganz viele sich dann während der Arbeitszeit an Aktionen beteiligen, dann wird es den Arbeitgebern sehr, sehr, schwer fallen, das mit Sanktionen zu belegen.“

Ähnlich sieht es Linken-Chef Bernd Riexinger. „Grundsätzlich gilt: Je mehr Menschen in einem Betrieb organisiert mitmachen, desto mehr können sie sich erlauben. Außerdem können die Beschäftigten in vielen Betrieben ja auch ihre Mittagspause ein wenig verlängern“, sagte er.

## ■ Aber Generalstreiks gibt es doch öfters?

Ja, aber nicht in Deutschland. Durchaus üblich sind sie vor allem in Griechenland, aber auch in Italien, Frankreich, Belgien und Spanien. Auslöser waren oft Sparprogramme der jeweiligen Regierungen, mit Einschnitten bei Löhnen, Jobs und Sozialleistungen.

## ■ Was sagen die Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften halten sich an das Richterrecht und rufen daher grundsätzlich nicht zu politischen Streiks auf. So heißt es etwa auf der Homepage des Deutschen Gewerkschaftsbunds: „Der DGB begrüßt es, wenn sich möglichst viele Beschäftigte – außerhalb ihrer Arbeitszeit – am Klimaaktionstag am 20. September beteiligen.“ Verdi-Chef Bsirske

erläutert, warum: „Wenn wir zum Streik aufrufen würden, müssten wir damit rechnen, dass wir in Regress genommen werden von verschiedensten Arbeitgebern. Das würde uns in der Breite wahrscheinlich echt überfordern.“

Der Chef der Gewerkschaft IG BCE, Michael Vassiliadis, sagte, für die Zurückhaltung der Gewerkschaft gebe

es neben gesetzlichen Hürden, die Mitglieder zu einem politischen Streik aufzurufen, auch inhaltliche Gründe. Generell blieben etwa Fragen nach der praktischen Umsetzbarkeit der Forderungen offen. „Genau diese Fragen stellen aber viele unserer Mitglieder, die in der Energiewirtschaft und in den energieintensiven Industrien arbeiten.“

## ► Protestaktionen auch im Landkreis

**M**orgen soll der Klimaschutz auch im Landkreis im Mittelpunkt stehen. So zieht in Ludwigsburg um 12 Uhr ein Protestzug vom zentralen Omnibusbahnhof durch die Innenstadt zum Marktplatz, wo gegen 13 Uhr eine Kundgebung mit mehreren Rednern beginnt. Danach wird die B 27 auf Höhe des Forums bis circa 14 Uhr für ein „die in“, ein inszeniertes Massensterben, gesperrt.

Mit einer „Sozialen Plastik“ von 11 bis 16 Uhr auf dem Gerlinger Rathausplatz wollen die Mitmachzentrale Gerlingen und die Gemeinwohl-Ökonomie Stuttgart ein Zeichen setzen. Die Installation soll die Dimensionen von Verbrauch und Verschwendung verdeutlichen, zum Nachdenken anregen und Diskussionen in Gang setzen.

„Die Bewahrung der Schöpfung ist ein christlicher Auftrag“, lassen die Sprecher mehrerer Kirchengemeinden im Kreis verlauten. Deshalb folgen sie dem Aufruf der Schülerbewegung, sich zu „Churches for Future“ zu formieren. Mit Glockengeläut um fünf vor zwölf wollen das die Friedenskirche Ludwigsburg sowie die

evangelischen Kirchengemeinden in Marbach, Großingersheim, Gerlingen und Besigheim umsetzen. Sie möchten damit symbolisch auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes hinweisen. Um 12 Uhr findet sowohl in der Martinskirche Großingersheim als auch in der Lukas- und der Petruskirche in Gerlingen ein Mittagsgebet statt. Die Besigheimer Gemeinde lädt zeitgleich zur Schöpfungsbesinnung in die Stadtkirche ein, in der Marbacher Stadtkirche gibt es ein ökumenisch gestaltetes „Fridayprayer for Future“.

Erst um 18 Uhr läuten die Glocken der St.-Anna-Kirche in Beilstein. Anschließend wird bis 18.20 Uhr für den Frieden und die Schöpfung gebetet. Gleiches geschieht in Eberdingen-Hochdorf: Nach Glockengeläut von 17.50 bis 18 Uhr ist ein Klimagebet in der Michaelskirche geplant. Jeder ist unabhängig von der Konfession willkommen.

Abschließend werden um 19 Uhr in der Konstanzer Kirche in Ditzingen und um 21 Uhr in der Ottilienkirche in Bönnigheim-Hofen der Frieden und das Klima bei Taizé-Gebeten thematisiert. (csc)



# Großdemonstration für Freitag angekündigt

Auch Ludwigsburger Schüler beteiligen sich am morgigen Freitag, 20. September, am globalen Klima-Aktionstag. Weltweit streiken seit Monaten Schüler für Klimaschutzmaßnahmen. Jetzt rufen Greta Thunberg und die gesamte Fridays-for-Future-Bewegung explizit auch die Erwachsenen auf, für Klimaschutz auf die Straßen zu gehen.

Von der IG-Metall über Verdi bis zur Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützen viele Gewerkschaften diesen Klima-Aktionstag. Zusammen mit zahlreichen weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen haben sie sich zu einem Unterstützungsbündnis zusammengefunden. In Ludwigsburg kooperiert die Fridays-for-Future-Ortsgruppe mit der IG-Metall und der GEW, mit Attac, der Radwegeinitiative, dem Bündnis Anti-Atom sowie dem BUND und Parents for Future.

„Wir brauchen rasche und mutige Schritte hin zu einem ökologisch und sozial verträglichen Umbau unserer Gesellschaft und unserer Infrastrukturen – auch in Ludwigsburg“, sagt Markus Moskau von Fridays for Future. „Es kann nicht sein, dass die Leute mit ‚Parke-schön‘-Ti-

ckets auch noch dafür belohnt werden, mit dem Auto in die Stadt zu fahren, während diejenigen, die sich klimafreundlich mit dem Fahrrad fortbewegen, leer ausgehen und sich stattdessen noch mit der mangelhaften Radwegesituation herumschlagen müssen.“

Der 20. September soll ein deutliches Votum für ein klimagerechtes Ludwigsburg sein. Klimaneutral zu leben, müsse für alle Bürger einfach und finanziell leistbar werden, fordert Nora Oehmichen von Parents for Future. Denn ein ökologisches Leben in einem unökologischen System sei nur schwer umsetzbar.

In Berlin entscheidet am selben Tag das Bundesklimakabinett über seine zukünftige Strategie, kurz darauf findet ein Klimagipfel der Vereinten Nationen statt.

Die Demo beginnt um 12 Uhr am ZOB. Um 13 Uhr finden auf dem Marktplatz Reden von Organisator Moskau, Oehmichen von den Parents for Future sowie Andre Kaufmann, Gewerkschaftssekretär der IG Metall Ludwigsburg statt.

Um 14 Uhr beginnt die Abschlusskundgebung auf dem Akademiehof. (red)